

Sowjetischer Erneuerer Gorbatschow: Abschied von Stalins Zentralverwaltungswirtschaft

„Die Wahrheit entscheidet unser Schicksal“

Rechtzeitig vor Beginn der Moskauer ZK-Sitzung, auf der Michail Gorbatschow sein Wirtschaftsreform-Programm vortrug, rief der Generalsekretär zur Bewältigung

der Vergangenheit auf. Denn alles, was er jetzt wandeln will – die Diktatur des bürokratischen Apparats, das Staatsmonopol –, begann mit der Ära Stalin.

Michail Gorbatschow, Rußlands Held, ringt mit einem Drachen, dessen Leichnam schon seit einer Generation am Roten Platz in Moskau modert, dessen Geist jedoch allweil präsent ist: Josef Stalin, dem Tyrannen.

Die Hälfte des sowjetischen Establishments, versammelt im Zentralkomitee, trat der KPdSU bei, als sich Stalin diese Partei noch selbst erwählte. Viele von ihnen hängen an dem Mann, der zum Preis von Millionen Menschenleben das Land industrialisierte und zum Sieg über die deutschen Aggressoren führte.

Alles, was Gorbatschow jetzt wandeln will, war zuallererst Stalins Werk: die Diktatur des bürokratischen Apparats, die Monopolherrschaft der Funktionäre in Landwirtschaft und Industrie, die Unmündigkeit der Massen.

Das alles muß sich ändern, verkündete Gorbatschow vorigen Donnerstag den ZK-Genossen, denen er die Befehlsgewalt über die Volkswirtschaft entwinden möchte. Statt der Zentrale sollen die

Betriebe selbst ihre alltäglichen Entscheidungen treffen, über Investitionsprogramm, Kredite, Materialbestellungen, Löhne und sogar Preise.

Das heißt Abschied von Stalins Zentralverwaltungswirtschaft, wobei Gorbatschow den Namen des Erfinders Stalin ausließ. Das ZK stimmte ihm zu, wenigstens im Prinzip, und wählte Gorbatschows engste Bundesgenossen ins Politbüro: die ZK-Sekretäre Jakowlew, Sljunkow und Nikonow.

Für den Generalsekretär ist die Bewältigung der Vergangenheit überfällig. Aber die volle Wahrheit über die verschwiegene oder verfälschte Stalinzeit rührt an die Grundlagen der Sowjetgesellschaft von heute.

Lange schob Gorbatschow die Auseinandersetzung mit Stalin auf. Doch zur Vorbereitung dieser ZK-Vollversammlung hatte Gorbatschow seinen wichtigsten Helfern, den Journalisten, angeraten, für sie solle es fortan „vergessene Namen und weiße Flecken“ nicht mehr

geben, „weder in der Geschichte noch in der Literatur“.

Ein Aufruf zur Abrechnung: Der weiße Fleck, das ist die Stalin-Ära; vergessen waren die Namen jener Genossen, die sich vor über 50 Jahren gegen den Diktator stellten und dabei ums Leben kamen – Trotzki, Bucharin, Sinowjew.

Stalin und seine Taten sind nun kein Tabu mehr. Über die Zwangskollektivierung der Bauern, ihre „unfaßbare Verarmung“, die bis heute Lebensmittelmangel in der UdSSR bewirkt, schrieb Autor Wladimir Schubkin: „Jahrzehnte trennen uns von jenen und anderen Ereignissen, aber sie haben noch Einfluß auf unser Leben – je mehr wir beflissen vorgeben, daß sie niemals passiert sind.“

Ob es „nicht viel zu spät sei“, ja, ob „es überhaupt noch lohnt, die Vergangenheit zu beschwören“, fragte ein skeptischer junger Mann während einer öffentlichen, sogar vom sowjetischen Fern-

sehen ausgestrahlten Veranstaltung den Schriftsteller Anatolij Rybakow, 76.

Rybakows Roman „Kinder des Arbat“ erscheint gerade – nach 20jährigem Verbot – in einer Zeitschrift; er beschreibt die Massenverhaftungen und nennt erstmals in der Sowjet-Literatur Stalin als Anstifter des Mordes an dem Bolschewiken Sergej Kirow beim Namen.

Dem Auditorium antwortete Rybakow, „ohne Wissen um die Vergangenheit“ gebe es „keine Zukunft“, Stalins „Weg in die Befehlswirtschaft“ habe direkt zur ökonomischen Misere der Gegenwart geführt.

Und: „Zwangswirtschaftliche Methoden und Stalinscher Personenkult“ hatten „massenhafte Repressionen“ zur Folge; sie „kosteten Millionen Menschen das Leben, die wir nie vergessen dürfen“. Die menschliche Qualität, „nicht aus Angst, sondern in Erfüllung staatsbürgerlicher Pflicht zu handeln, ist durch Administrieren und Unterdrückung von oben bei großen Teilen des Volkes verlorengegangen“.

Die wissenschaftlich-technische Revolution, so machte sich Rybakow Gorbatschows Programm zu eigen, verlange aber gerade diese vernichteten Fähigkeiten – schnell, selbständig, ohne Befehl von oben entscheiden zu können: „Wir müssen dafür dringend eine neue Stimmung im Land schaffen, und genau das ist die Aufgabe von Glasnost: unbedingt die Wahrheit zu sagen.“

Umgestaltung der Gegenwart und Rekonstruktion der Vergangenheit sind demnach nicht zu trennen. Die nachträgliche Demokratisierung einer in Angst, Gleichgültigkeit und Opportunismus erstarrten Gesellschaft erfordert – ähnlich

wie bei der Restaurierung eines alten Bildes –, verfälschende Übermalungen behutsam zu entfernen, Schicht für Schicht.

Dieser Prozeß hat nun zum zweitenmal begonnen, nachdem ein ähnlicher Aufbruch unter Chruschtschow 1956 in die Stagnations- und Schweigezeit unter Breschnew gemündet war.

Zur Debatte stehen Bürgerfreiheiten, die es im zaristischen Rußland nicht gab und die schon bald nach der Revolution wieder abhanden kamen; angefochten ist vor allem die anonyme Herrschaft des bürokratischen Apparats. Und wie im-

Ein Poem aus der Terrorzeit wurde veröffentlicht, verfaßt von Anna Achmatowa, nachdem jetzt auch Gedichte ihres schon 1921 als „Konterrevolutionär“ erschossenen Ehemanns Nikolai Gumiljow hatten erscheinen dürfen. Ihr autobiographisches „Requiem“ enthält die Verse:

Diese Frau ist krank. Diese Frau ist allein.
Ihr Mann im Grab. Sohn in Haft.
Betet für mich.

Wie es damals gewesen ist, kommt mit Genauigkeit ans Licht, wenn Gorbatschows Zauberwort „glasnost“ (Öffentlichkeit) auch für die Geschichtsforscher gilt. Ein Sowjethistoriker, der sich noch



Hungeropfer in der Ukraine (1932): „Fehler und Übergriffe“

mer in Rußland streiten die Intellektuellen darüber, was für Volk und Vaterland am besten sei.

Journalisten, Filmregisseure, Schauspieler, Schriftsteller, bildende Künstler und Wissenschaftler reden der Notwendigkeit historischer Trauerarbeit das Wort, mit wachsender öffentlicher Anteilnahme. Die Parteijugendzeitung „Komsomolskaja prawda“ brachte einen Leserbrief, der die Stalin-Jahre als eine Zeit ständiger Furcht beschrieb.

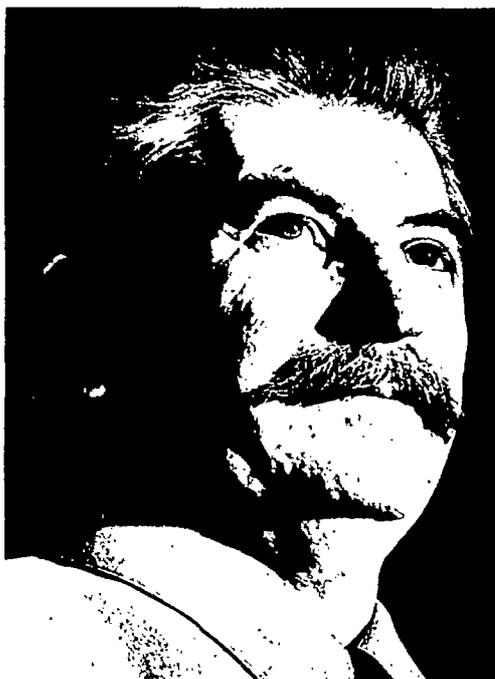
Das filmische Diktatoren-Porträt „Die Beichte“, in dem Stalins Name noch nicht genannt wird, erhielt nicht nur in Cannes einen Festival-Preis, sondern mittlerweile auch in Tiflis, Hauptstadt der georgischen Heimat Stalins. In Moskau sind die Vorführungen nach wie vor ausverkauft. Von Rybakows Roman erhoffen sich sowjetische Intellektuelle, daß Stalin nun endlich ein Verbrecher genannt werden darf – und nicht weiter als Politiker verharmlost wird, der lediglich „Fehler begangen“ habe.

scheut, seinen Namen preiszugeben: „Wenn unsere neue Offenheit und Öffentlichkeit nicht für klare und vollständige Ausleuchtung auch unserer jüngsten Vergangenheit sorgt, wird sich daran nicht nur Gorbatschows, sondern unser aller Schicksal entscheiden.“

Diese Prognose zielt auf die behauptete „historische Gesetzmäßigkeit“ und Überlegenheit des Kommunismus, auf den Unfehlbarkeitsanspruch der ihn verwaltenden Partei. Fast die Hälfte der 70 Jahre, die der Sowjetstaat jetzt alt ist, machte Stalin die Geschichte.

Der „Doyen der sowjetischen Historiker“ (so Tass), Isaak Minz, 91, verlangt jetzt, „die Namen von vielen Revolutionären und Kämpfern für die Sowjetregierung – besonders von jenen, die 1937/38 gesäubert wurden – in die Geschichte der großen sozialistischen Oktoberrevolution zurückzubringen“.

Der Rektor des Moskauer Archiv-Instituts, Jurij Afanasjew, rügte das Sowjetfernsehen, weil es Stalin immer noch



Sowjetischer Diktator Stalin
„Ein Ungeheuer“

„Radikale Medizin tut not“

Sowjet-Philosoph Anatolij Butenko über die Bürokratie

Warum gelang es uns auch im Verlauf so vieler Jahre nicht, aus unserem Leben die Wurzeln des Bürokratismus und der sozialen Ungerechtigkeit herauszureißen? Bis jetzt ist die Gesellschaft in Regierende und Regierte geteilt, und da besteht immer die Möglichkeit, die daraus entstehenden Widersprüche für sich selbst auszunutzen. Daher: Wie groß unsere Ungeduld auch sein mag, uns vom Bürokratismus zu befreien – letztlich kann dieser nur dann besiegt werden, wenn die Verwaltung der Gesellschaft durch ihre Selbstverwaltung ersetzt wird.

Nach Lenins Tod erteilte die Partei nicht nur dem Gedanken an eine Selbstverwaltung des Volkes eine Absage, sondern verwirklichte im Gegenteil die Stalinsche „Theorie“ von einer Stärkung des Staats auf dem Weg zum Kommunismus. Über die Idee der Selbstverwaltung des Volkes wurde eine Art Kirchenbann verhängt, ganz so, als handle es sich dabei um eine revisionistische Idee.

Gerade damals, in den Jahren des Stalin-Kults, entstand und verbreitete sich in manchen Bereichen des Verwaltungsapparats die rein bürokratische Methode im Umgang mit Menschen, als wären sie Hebel und kleine Schrauben in einer gesichtslosen Staatsmaschinerie.

Der Bürokratismus jener Jahre, der zu den simplen Modellen eines Kasernen-Kommunismus in inniger Beziehung stand und diesen förderte, erwürgte alles Lebendige, alles Ungeöhnliche, alles Unerlaubte.

Dem alles gleichmachenden, alles über einen Kamm scherenenden Kulturbürokraten war alles zuwider, was über graues Einerlei und die seinem Herzen entspringende Eintönigkeit hinausging. Der Bürokratismus förderte entschieden alles Einfache, Klare und Eindeutige, obwohl es die Einfachheit des Primitiven war, die Klarheit der Eigenmacht und die Eindeutigkeit der bürokratischen Maschinerie.

Die Bürokratie vernichtete weit und breit die Fähigkeit zum selbständigen Denken, zu gesellschaftlichen Initiativen und politischen Aktivitäten, die von oben nicht geplant und genehmigt waren. Gerade hier liegt der Ursprung jener sozialen Passivität, der jetzt ein so entschiedener Kampf angesagt worden ist.

Die Schicht der Bürokraten, die nur Befehle erteilen können, setzte die damalige Parteilinie durch und

wurde dabei immer stärker. Diese Beamten erschreckte der 20. Parteitag der KPdSU 1956 (auf dem Chruschtschow mit Stalins Verbrechen abrechnete, - Red.) über alle Maßen. Hätten sie ohne Widerstand aufgeben können? Das ist illusionär, Bürokratismus ist zu lang andauernder Belagerung fähig.

Noch vielen sind jene Jahre in Erinnerung, als die vom 20. Parteitag formulierte Kritik an den Fehlern der Vergangenheit allmählich eingeschränkt wurde unter dem durchsichtigen Vorwand, es müsse endlich Schluß sein mit der „Schwarzmalerei“ – ein gezieltes Manöver der Bürokratie.

In der Atmosphäre der 70er und frühen 80er Jahre glaubte die Bürokratie immer noch an ihr „goldenes Zeitalter“, weil sie Hoffnungen aus der weitverbreiteten Sehnsucht nach der verlorengegangenen „Ordnung“ schöpfte. Aber bereits zum Anachronismus geworden, zu schöpferischer Tätigkeit ebenso unfähig wie zur Lösung neuer Aufgaben, begnügte sie sich bald mit der Selbstzufriedenheit, daß nur ihr alles erlaubt war ohne Angst vor Strafe. Damit wurde sie zum Hauptträger sowohl der Ideologie als auch der Psychologie des Stillstands in der sowjetischen Gesellschaft.

Aber ob die Bürokraten es nun mögen oder nicht – ihre Zeit ist nicht unbegrenzt. Es geht nicht nur um die Perestroika des ökonomischen, sondern auch des administrativen Systems. Genau hier tut radikale Medizin not – nämlich die Entscheidungskompetenz dorthin zu verlagern, wo die Entscheidungen auch ausgeführt werden.

Die sowjetische Wirtschaft wie auch der gesamte Kulturbereich haben ein Entwicklungsniveau erreicht, auf dem nicht länger nach einem Modell verwaltet werden kann, das in den 30er Jahren entstanden und später vereinfacht worden ist. Unter heutigen Bedingungen ist es einfach unzulässig und unmöglich, alle Fragen von einem Zentrum aus zu lösen.

Unsere riesige Wirtschaft kann von keiner bürokratischen Verwaltung geleitet werden. Auch die beste Direktion kann lebendige Schaffenskraft nicht ersetzen. Und gerade deshalb erfordert die Perestroika eine höchstmögliche Entwicklung von Initiative und Selbständigkeit – die Stärkung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volks.



ZK-Sekretär Ligatschow
Dunkle Geschichtsperioden verdrängen?

mit dem „Nimbus der Weisheit und der Macht“ umgebe, und schalt die Sowjethistoriker, weil sie „die Massenrepression der 30er Jahre unter Stalin gegen aufrechte Sowjetbürger“ schlicht als Irrtum oder Unzulänglichkeiten abtäten.

Die warnende Antwort der orthodoxen Kollegen: Afanasjew spiele „der bürgerlichen Geschichtsschreibung in die Hände“, die Partei möge die Vergangenheitsdebatte lieber meiden, weil die angestrebte gesellschaftliche Erneuerung dabei leicht Schaden nehmen könne.

Die Zeitschrift „Nowy mir“, vorneweg im Umdenken, läßt sich durch solche halbblauen Drohungen nicht schrecken. In einem Tatsachenroman zitierte sie Reden des Außenministers Molotow aus der Zeit des Pakts mit Hitler – über ein friedliebendes Hitler-Deutschland, gegen die kriegssüchtigen Westmächte.

Nicht länger vor Kritik gefeit sind auch die militärischen Meriten des Lenin-Nachfolgers. In der Zeitschrift „Sozialistischeskaja industrija“ rühmte ein Kraftfahrer aus Pensa das Feldherrenschild Stalins und forderte, dessen Namen „in Granit, Bronze und sogar in Gold zu verewigen“; der Militärhistoriker Alexander Samsonow, 69, gab ihm darauf Bescheid: Stalin sei „keineswegs der große militärische Führer“ gewesen, mindestens „bis Herbst 1942“ habe er „größere Schnitzer in der Führung des Krieges begangen“.

Ohne seine „fehlerhaften Einschätzungen“ vor Kriegsbeginn wäre „die Wehrmacht kaum in der Lage gewesen, so weit auf Moskau und Leningrad vorzustoßen“.

Selbst der angeblich von Herzen kommende Schlachtruf sowjetischer Soldaten „Für die Heimat, für Stalin“ war nach Samsonows Recherchen oft nur eine Er-

findung der Militärbürokratie. In Briefen an Hinterbliebene sei diese Formel ganz gezielt verwendet und selbst solchen Rotarmisten als „letzte Worte“ untergeschoben worden, die keinerlei Sympathien für den Georgier hegten.

Ein Denkmal, das Millionen Veteranen und Patrioten ihr eigenes Leben vergoldete, stürzt. Das geht nicht ohne Widerspruch ab. Die „Prawda“ veröffentlichte am 18. Mai einen Leserbrief, der an den Fortschritt des Sowjetlandes unter dem jetzt geschmähten Stalin erinnerte. Ein sowjetisches Agrarblatt nannte Stalins Zwangskollektivierung eine „objektive Notwendigkeit und entscheidende Phase beim Aufbau des Sozialismus“. „Nowoje wremja“ stimmte zu, räumte aber „tragische Fehler und Übergriffe“ ein (bei Millionen Hungertoten).

Doch der Nationalökonom Nikolai Schmeljow benannte in seiner radikalen Kritik des sowjetischen Wirtschaftssystems den Zwang der frühen Stalin-Jahre 1927/28 als Beginn der „Demontage“ von Lenins Wirtschaftsprogramm, das sich an Markt und Rentabilität orientiert habe.

In einer geschlossenen Experten-Sitzung sagte Schmeljow vor drei Wochen noch mehr: Ohne das „unmoralische“ Plansystem, ohne Kulakvernichtung und Arbeitslager wäre es gar nicht zum Zweiten Weltkrieg gekommen, jedenfalls nicht auf Sowjetterritorium. Die Kriegsoffer seien auch Stalin-Opfer.

Schmeljow zählte 17 Millionen Lagerinsassen, die damals der Volkswirtschaft entzogen worden seien: Denn was produzierten sie? „Zwei Kanäle, bei einem (dem Weißmeer-Kanal) ist der Zweck sehr zweifelhaft; Holzfällen, viel billiger mit Lohnarbeitern zu bewirken, und Gold am Kolyma-Fluß“, wo drei Millionen damals weniger förderten als heute „mit derselben Technologie“ ein Zehntel soviel Leute.

Unmittelbar vor Beginn des vorigen Woche zusammengerufenen ZK-Plenums ging der Philosophie-Professor Anatolij Butenko mit der ganzen tradierten Herrschaft des bürokratischen Apparats ins Gericht (siehe Kasten Seite 100).

Butenkos Analyse der gesellschaftlichen Langzeitfolgen des Stalinismus ist die bislang heilsichtigste Publikation zu diesem Thema in der Ära Gorbatschow. Die Schärfe ihrer Bürokratie-Kritik erinnert an die frühen Warnungen eines Nikolai Bucharin (1938 hingerichtet) oder Trotzki (1940 im mexikanischen Exil ermordet), die beide die Entartung des Sozialismus durch die Allmacht des Stalin-Apparats prophezeit hatten.

Moskauer Intellektuelle mutmaßen, jedem ZK-Mitglied hätten mit Butenkos Aufsatz die historischen Wurzeln der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere klargemacht werden sollen – der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer Depression und politischer Repression.

So heftig setzte die Aufarbeitung der Ära Stalin ein, daß Ideologieverwalter

Jegor Ligatschow, die Nummer 2 im Politbüro, die Medien davor warnte, sich allzu intensiv auf dunkle Perioden der Geschichte zu kaprizieren. Ligatschows Wunsch, die Geschichte zu verdrängen und statt dessen in harmonischer Volksgemeinschaft an der Perestrojka zu bauen, ist ein trügerischer Rat. Denn nach außen sind alle für Perestrojka, Stalin-Freunde und Anti-Stalinisten.

„Den Anhängern des Administrierens im alten Trott geht das neue Vokabular besonders glatt von der Zunge“, sorgte sich ein Moskauer Hochschullehrer, „passen wir nicht auf, werden sie bei der ersten Gelegenheit dafür sorgen, daß es wieder nur Worte bleiben“.

Noch ist auch unklar, wo die Grenzen für die begonnene Vergangenheitsbewältigung liegen sollen. Denn die Henker

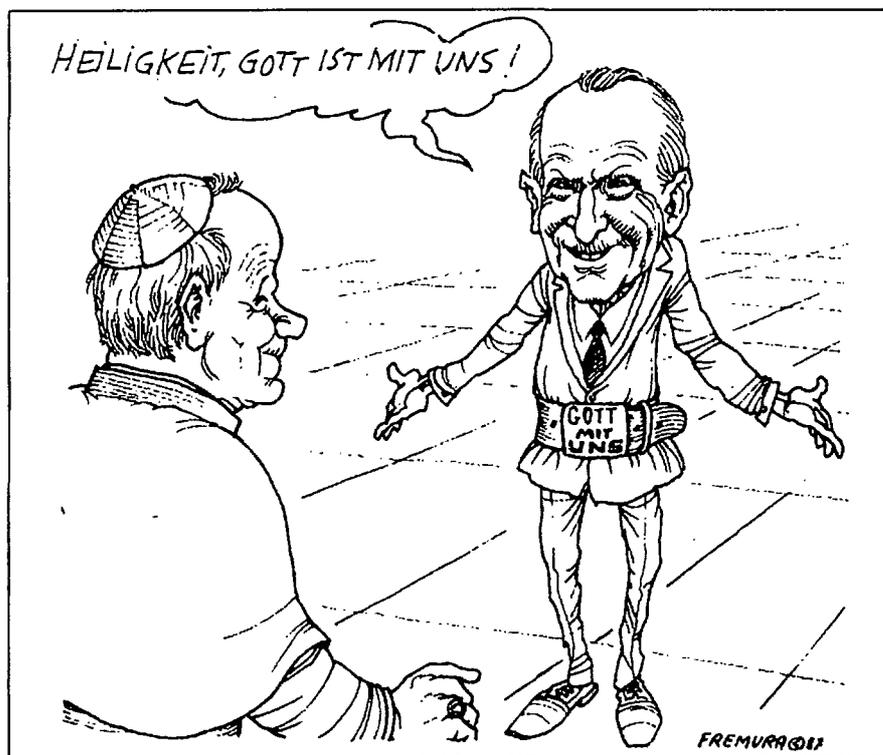
ÖSTERREICH

Gebührende Achtung

Waldheims Versuch, mit Hilfe des Papst-Besuches aus der internationalen Quarantäne auszubrechen, ist mißlungen. Nun soll Weizsäcker helfen.

Freundlich wandte sich der Pontifex maximus an seinen Gast, den österreichischen Bundespräsidenten, und verteilte hohes Lob an dessen Heimat. Die Alpenrepublik, schwärmte der Heilige Vater, sei eine „Insel der Seligen“.

So harmonisch ging es 1971 zu, damals schmeichelte Papst Paul VI. dem Bundespräsidenten Franz Jonas.



Il Giornale

sind noch unter den Russen, und nicht alle Opfer sind rehabilitiert.

Auf einer öffentlichen Diskussion im März im Moskauer Archiv-Institut zum Thema Stalin fragte ein erregtes Publikum nach den Garantien, daß sich die Geschichte nicht wiederhole, und nach der Zahl der Stalin-Opfer (Zwischenruf: „20 Millionen“). Ein sehr junger Archiv-Angestellter gab preis, die Unterlagen seien alle noch vorhanden.

Diskussionsleiter Natan Eidelman, 57, erinnerte auch an „jene, die in Freiheit leben konnten, aber deren Seelen man ermordet hatte“, und an die „persönliche Verantwortung eines jeden von uns“. Historiker Eidelman über die Vergangenheit: „Wenn wir sagen, Stalin war ein Ungeheuer, nehmen wir viel zuviel von unseren eigenen Schultern.“

Als Kurt Waldheim vergangenen Donnerstag in Rom Johannes Paul II. seine Aufwartung machte, war nichts wie früher. „Der Besuch“, bilanzierte Österreichs Ex-Außenminister Erwin Lanc hinterher, „verlief so, wie es zu befürchten stand: Für Waldheim war es peinlich, für Österreich sehr schlimm.“

Dabei schien alles so schlaue eingefädelt: Wissend, daß der Heilige Vater keinem Staatsoberhaupt die Audienz verweigert, hatte sich Waldheim selber beim Vatikan eingeladen, um so die Quarantäne zu beenden, unter der er seit seiner Wahl vor einem Jahr leidet. Statt dessen machte der Besuch vor aller Welt erst recht deutlich, wie sehr der Österreicher geächtet ist.

Es begann schon bei der Anfahrt: Statt der direkten Route zum Petersplatz